

Ost, West, Jung, Alt Unterschiedliche Erwartungen an die Demokratie

Bernhard Weßels und Heiko Giebler

Summary: 30 years after the fall of the Berlin Wall, the attitudes to democracy do no longer differ substantially between Eastern and Western Germany. But differences can be seen between younger and older people throughout Germany. Lower demands regarding democracy among the young appear to be particularly problematic, even if the overall assessment of German democracy is very positive.

Kurz gefasst: 30 Jahre nach dem Mauerfall lassen sich bei den Einstellungen zur Demokratie kaum noch relevante Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen – sehr wohl aber zwischen Jüngeren und Älteren im gesamten Bundesgebiet. Niedrigere Ansprüche an die Demokratie bei den Jüngeren erscheinen dabei als besonders problematisch, auch wenn insgesamt die Beurteilung der deutschen Demokratie sehr positiv ausfällt.

Vor mehr als 30 Jahren fiel die Berliner Mauer. Politik wie Wissenschaft beschäftigte von Anfang an die Frage nach dem politischen Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands. Doch schon in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wurden Stimmen laut, die das Thema für erledigt erklärten, da die innere Einheit von Ost und West bereits existiere. Dagegen gab es deutliche Kritik, nicht zuletzt, weil die Empirie nicht dafür spricht. Unmittelbar nach der Vereinigung und bis in die Mitte der 1990er-Jahre hinein klaffte eine große Lücke in den Einstellungen von Bürger*innen der alten und der neuen Bundesländer: Etwa 80 Prozent der Westdeutschen, aber nur um die 40 Prozent der Ostdeutschen waren der Ansicht, dass die Demokratie der Bundesrepublik die beste Staatsform sei. Mitte der Zweitausender hatte sich das Bild gebessert. Die Demokratie hielten etwas mehr als 80 Prozent der Westdeutschen und etwa 65 Prozent der Ostdeutschen für die beste Staatsform. Weitere zehn Jahre später gab es kaum noch Unterschiede zwischen den beiden Teilen des Landes: Nun hielten sogar 82 Prozent der Menschen in den östlichen Bundesländern die Demokratie für das beste Modell. Dennoch sind sich die Menschen in Deutschland nicht über die Demokratie einig, denn es bestehen nachhaltige Unterschiede bei weiteren Aspekten dieser Staatsform. So sind bis heute die Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland relativ stabil. Seit der Vereinigung liegt der Anteil zufriedener Personen im Westen fast durchgehend um 30 Prozentpunkte höher als im Osten (im Jahr 2017 80 gegenüber 50 Prozent). Auch die Wahlbeteiligung ist in Ostdeutschland konstant niedriger als in Westdeutschland, und einzelne Parteien können in den beiden Landesteilen deutlich unterschiedliche Wahlerfolge verbuchen.

Während die Parteienlandschaft – nicht zuletzt am WZB – vielfach erforscht wurde, ist über die Erwartungen der Menschen an die Demokratie und die Beurteilung der konkreten Leistungen des politischen Systems weniger bekannt. Für die Frage nach den Ursachen der beschriebenen Unterschiede sind solche Informationen allerdings von entscheidender Bedeutung. Denn höhere Erwartungen können leichter enttäuscht werden als geringere. Zudem kann die Frage nach der Legitimität der Demokratie in Deutschland nur beantwortet werden, wenn die Ansprüche der Menschen an die Demokratie mit der (Nicht-)Erfüllung dieser Erwartungen gemeinsam betrachtet werden. Vereinfacht ausgedrückt könnte man sagen, dass Bürger*innen eine Vorstellung davon haben, wie Demokratie sein *soll*, und dies mit einer Beurteilung der *Ist*-Situation abgleichen. Liegt das *Ist* zu weit hinter dem *Soll* zurück, wird dem jeweiligen System keine Legitimität zugeschrieben.

Mit dem Demokratiemonitor liegen nun erstmals Daten vor, die detaillierte Rückschlüsse auf die Erwartungen der Menschen in Deutschland erlauben. Dabei handelt es sich um eine große Online-Umfrage, die die Abteilung Demokratie und Demokratisierung des WZB in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung konzipiert hat. Ende April bis Mitte Juli 2019 wurden circa 10.000 Menschen sowohl über ihre Erwartungen an die Demokratie als auch die Performanz des Systems befragt. Dazu mussten die Befragten ihre Vorstellungen zur Gestaltung von Wahlen, Parlamenten, Parteien und Regierungen in einer Demokratie beschreiben und danach bewerten, ob diese durch das bundesrepublikanische System erfüllt werden. Es ging bei der Befragung also ganz direkt um die Frage nach politischer Legitimität, der Übereinstimmung zwischen Gewünschtem und Realisiertem, zwischen Soll und Ist. Bezogen auf das Soll beim Thema „Wahlen“ ging es zum Beispiel um die Zustimmung zu der Aussage, „Alle Wähler und Wählerinnen sollten ihre Wahlentscheidung frei und unbeeinflusst treffen können“,

bezogen auf das Ist um die Zustimmung zu der Aussage „Alle Wähler und Wählerinnen können ihre Stimme bei Wahlen frei und unbeeinflusst abgeben“. Auf einer 7-Punkte-Skala konnte die Stärke der Zustimmung zu den Aussagen angegeben werden. War die Antwort auf die Frage zum Soll zum Beispiel 6 und das Ist wurde mit 5 beurteilt, ergibt sich eine prozentuale Erfüllung des Solls von $5/6 \cdot 100$, also ein Legitimitätswert von 83 Prozent. Da der Demokratiemonitor vier für die politische Repräsentation zentrale Institutionen und Akteure (Wahlen, Parlamente, Parteien und Regierungen) einschließt, lässt sich mit seinen Daten ein relativ umfassendes Bild von der Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland zeichnen. Aus den vier Bereichen wurde zudem ein Gesamtwert repräsentativer Legitimität berechnet.

Insgesamt ist es um die Legitimität der deutschen politischen Ordnung recht gut bestellt. Im Durchschnitt liegen die Erfüllungswerte für Wahlen bei 83 Prozent, für Parlamente bei 72, für Parteien bei 78 und für Regierungen bei 71 Prozent. Der Durchschnittswert der Legitimität, also der durchschnittliche Erfüllungsgrad des Solls, liegt damit bei 76 Prozent. Der Anteil derjenigen, die 90 Prozent und mehr erfüllt sehen, liegt bei knapp 20 Prozent der Befragten, der Anteil, der lediglich bis zu 50 Prozent erfüllt sieht, bei knapp 10 Prozent. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland spricht der repräsentativen Demokratie also eine hohe Legitimität zu.

Solch hohe Zustimmungswerte lassen darauf schließen, dass es kaum Ost-West-Unterschiede gibt. In der Tat: Der Abstand beträgt lediglich knapp drei Prozentpunkte in den Erfüllungsgraden zugunsten westdeutscher Bürger*innen. Allerdings sind seit der Vereinigung fast 30 Jahre vergangen und damit ist etwa ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung bereits im bundesrepublikanischen System sozialisiert. Die Daten wurden deshalb auch nach Altersgruppen analysiert, damit eventuelle Unterschiede, die sich möglicherweise für ältere Generationen aus ihrer politischen Sozialisation in unterschiedlichen Systemen ergeben, nicht verdeckt werden. Dabei stellt sich heraus, dass Befragte, die jünger als 35 Jahre sind, die Erfüllung ihrer Erwartungen in die Demokratie um 7 Prozentpunkte höher bewerten als Befragte, die älter als 35 Jahre sind.

Kombiniert man nun die Kategorien Ost/West und Alter, können Aussagen über die Systemsozialisation und Erfahrungen der Menschen getroffen werden. Dabei zeigt sich: Der Unterschied zwischen Jüngeren und Älteren ist deutlich größer als zwischen Ost und West. Dabei sind es bei den Jüngeren wie bei den Älteren durchaus die Ostdeutschen, die der Demokratie weniger Legitimität zusprechen (vier Prozentpunkte Unterschiede bei den Jüngeren, zwei Prozentpunkte bei den Älteren). Werden die Anteile betrachtet, die mindestens 75 Prozent des von ihnen gewünschten Solls als erfüllt ansehen, sind die Differenzen deutlich größer: Bei den Älteren liegt der Anteil der Personen, die dem System sehr hohe Legitimität zusprechen, bei 57 Prozent in den alten und bei 51 Prozent in den neuen Bundesländern. Zwischen den Jüngeren liegt der Unterschied mit 74 zu 62 Prozent fast doppelt so hoch.

Interessant erscheint beim Vergleich der Altersgruppen aber noch folgender Befund: Die Älteren haben deutlich andere Soll-Vorstellungen an die Demokratie als die Jüngeren. Die Stärke der Soll-Vorstellungen wird bestimmt als Anteil der gewünschten an der maximalen Stärke. Wenn also ein Wert von 6 auf der 7-Punkte-Skala vergeben wird, entspricht das knapp 86 Prozent des maximalen Solls. Während die Älteren etwa ein Soll von 84 Prozent im Durchschnitt der Skalen wünschen, liegt der Wert unter den Jüngeren bei knapp 76, also 8 Prozentpunkte niedriger. Bezogen auf die Beurteilung der Erfüllung des Solls sind sich dann aber die Altersgruppen und auch Ost und West einig und sehen etwa die gleiche Erfüllung des gewünschten Solls.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Menschen heute der Demokratie in Deutschland eine insgesamt hohe Legitimität zusprechen. Die recht deutlichen Ost-West-Unterschiede, die es in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Vereinigung gab, haben sich anscheinend nachhaltig abgeschwächt. Vor allem gehen sie maßgeblich nicht mehr auf unterschiedliche Systemerfahrungen zurück, denn es sind die jüngeren Generationen, bei denen der Unterschied zwischen Ost und West



Heiko Giebler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Co-Leiter des Brückenprojekts „Gegen Oben, Gegen Andere: Quellen von Demokratiekritik, Immigrationskritik und Rechtspopulismus“. Seit Januar 2020 leitet er zudem eine Nachwuchsgruppe im Rahmen des Exzellenzclusters „SCRIPTS“ an der Freien Universität Berlin. *(Foto: David Ausserhofer)*

heiko.giebler@wzb.eu



Bernhard Weßels ist stellvertretender Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der HumboldtUniversität zu Berlin. *(Foto: David Ausserhofer)*

bernhard.wessels@wzb.eu

beträchtlich ist. Es ist also wohl mehr die Situation als die Sozialisation, die die Erwartungen der Menschen beeinflusst.

Ein überraschender Befund bleibt: Die Jüngeren sprechen der Demokratie deswegen eine höhere Legitimität zu, weil sie geringere Erwartungen an das System haben. Damit scheinen Generationenunterschiede, die auch einen Unterschied zwischen Ost und West produzieren könnten, kaum noch relevant. Pauschalisierungen nach Ost und West mit Blick auf die Legitimität der Demokratie und daraus möglicherweise resultierende Folgen – nicht zuletzt mit Blick auf aktuelle Wahlergebnisse – sind also nicht hilfreich und könnten ein weiteres Zusammenwachsen sogar behindern. Dass die Jungen generell weniger Ansprüche an die Demokratie haben, könnte zum Problem werden. Die Demokratie bedarf deshalb der Weiterentwicklung. Sollten die Ergebnisse erste Hinweise darauf sein, dass die Ansprüche an Demokratie erodieren und in der Generationenfolge die Erwartungen an demokratische Verfahren, Institutionen und Akteure geringer werden, wäre das kein gutes Zeichen für die Zukunftsfähigkeit des politischen Systems.

Literatur

Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hg.): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS 2020.

Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), in Zusammenarbeit mit Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (Hg.): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2018.

Weßels, Bernhard: „Democratic Legitimacy. Concepts, Measures, Outcomes“. In: Mónica Ferrín/Hanspeter Kriesi (Hg.): How Europeans View and Evaluate Democracy. Oxford: Oxford University Press 2016, S. 235–256